

# 38. Plenartagung

107. Sitzung

18.12.2015

## **TOP 24 a** - Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen

[http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top\\_24a.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top_24a.html)

### **a** - Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

„Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze“

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3678.pdf>

### **b** - Dringlichkeitsantrag der Fraktion der PIRATEN

„Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos“

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3682.pdf>

### **c** - Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

„Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen“

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3683.pdf>

### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

„Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen“

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3692.pdf>

---

### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu dem Antrag zu b) hat für die Piratenfraktion Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort. Danach erhält die SPD-Fraktion das Wort.

**Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir PIRATEN nehmen mit Bedauern den Beschluss des dänischen Folketing zu den Grenzkontrollen zur Kenntnis.

Trotzdem lehnen wir die pauschale und einseitige Vorverurteilung Dänemarks ab. Das, was in Dänemark beschlossen wurde, wird bereits in Norwegen, vorerst begrenzt bis Ende Dezember, umgesetzt, und auch Schweden wird Anfang Januar entsprechende Maßnahmen einführen. Im Gegensatz zur FDP und den Koalitionsfraktionen sehen wir diese massive **Beschädigung des Schengener Abkommens**, und das ist es, allerdings differenzierter.

Mit welchem Recht üben wir Kritik an Dänemark für die Annahme einer juristischen Regelung, die es in ähnlicher Form auch bei uns in Deutschland längst gibt? - Ich spreche von § 63 Aufenthaltsgesetz. Das, was in den vergangenen Tagen mit Empörung an dem dänischen Beschluss zurückgewiesen wurde, wie zum Beispiel die Strafandrohung gegen Verkehrsunternehmer, die Pässe nicht kontrollieren, steht genauso im deutschen Gesetz, und zwar mit einer Androhung einer Strafe von bis zu 5.000 €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb unterscheidet sich unser Antrag. Wir erwarten von der **Landesregierung**, dass sie im **Bundesrat** eine **Initiative** ergreift, um dafür zu sorgen, dass unser deutsches § 63 Aufenthaltsgesetz den Schengener Durchführungsordnungen entsprechend angepasst wird, denn sonst gibt es wirklich eine absolute Unglaubwürdigkeit in der Diskussion

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **offenen Grenzen** im Schengen-Raum sind nun seit 30 Jahren eine der wichtigsten europäischen Errungenschaften, da sind wir uns einig. In dem Irrglauben aber, Flüchtlingen unter Missachtung grundlegender

Menschenrechte den Zugang ins eigene Land verschließen zu können, verletzt man bewusst den Geist der europäischen Freizügigkeit. Man schließt nicht nur für Flüchtlinge die Tür, sondern auch für die europäischen Nachbarn. Das ist nicht im Sinne von uns in Schleswig-Holstein, und es ist nicht im Sinne von Dänemark. Es ist aber auch mit Sicherheit nicht im Sinne anderer Regionen.

Wir alle machen uns Sorgen. **Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union**; sieht so die europäische Freizügigkeit in diesem Jahrzehnt aus? Ist 2015 das Jahr, in dem sich immer mehr Staaten von der Idee der Europäischen Einigung verabschieden? Sorge und Kritik an den Beschlüssen zur Wiederaufnahme von Grenzkontrollen sind die eine Seite. Wir sollten aber als Ziel auch vor Augen haben, dass die **Solidarität** unter allen **EU-Mitgliedstaaten** wiederhergestellt wird, denn ohne dieses Ziel zu erreichen, werden wir die aktuellen Herausforderungen nicht meistern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Anlass der heutigen Debatte ist im Prinzip nur ein Teilaspekt. Die Mehrheit des Folketing distanziert sich nicht nur von dem Schengener Abkommen, sondern verfolgt insgesamt einen immer stärkeren **EU-kritischen Kurs**. Das fängt bei der Ablehnung einer EU-Quote für Flüchtlinge an. Hier ist **Dänemark** nicht allein, das macht **Polen** genauso. Es geht aber auch darum, dass man sich zum Beispiel bei der Bekämpfung von Terrorismus und bei der grenzübergreifenden Kriminalitätsabwehr seitens Dänemarks aus der europäischen Familie verabschiedet hat.

Aber nicht nur bei der Asyl- und Einwanderungspolitik geht Dänemark eigene nationale Wege. Protokoll 5 des EU-Vertrags enthält eine Reihe von Ausnahmeregelungen für Dänemark, die sehr deutlich zeigen, dass die Dänen an einer Stärkung der europäischen Integration und der politischen Zusammenarbeit zurzeit nicht interessiert sind. Populistische Forderungen werden durchgesetzt, nicht nur im Wahlkampf, sondern auch danach, ohne dass man die Konsequenzen für die europäische Einigung oder die Minderheiten im grenznahen Bereich beachtet.

Selbst gravierende wirtschaftliche Folgen, die wir möglicherweise ab Januar zu erwarten haben, werden nicht einmal vorher analysiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Dank an die Nordschleswiger, die sich nicht nur während des Wahlkampfs, sondern auch danach für ein solidarisches Europa ausgesprochen haben und dafür streiten. Es gibt eine starke Minderheit, die dem Folketing-Kurs der aktuellen Regierung nicht folgt.

Ich freue mich auf die Diskussion aller Anträge in den Ausschüssen. Ich hoffe, dass die Landesregierung entsprechende Initiativen ergreift. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeitum 5 Minuten überzogen. Wird davon Gebrauch gemacht? - Ja. Frau Abgeordnete Beer von der Piratenfraktion hat das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Frau Ministerin, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen und auch Ihr Engagement, um zu versuchen, die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** weiter positiv in die richtige Richtung zu lenken. Ich denke - das möchte ich noch einmal unterstreichen -, gerade darum – deswegen haben wir unseren Dringlichkeitsantrag gestellt - eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, wäre hilfreich auf dem Weg, weil es eben nicht das Bashing der Dänen ist, sondern wir endlich anfangen würden, vor der eigenen Haustür zu kehren.

Das, was der Kollege Harms gerade ausgeführt hat, steht keineswegs im Widerspruch dazu, sondern das Manko an der deutschen Gesetzgebung und § 63 Aufenthaltsgesetz ist, dass es sich eben nicht an den Vorschriften der Schengen-Verordnung orientiert, sondern weiter gefasst und weiter interpretiert werden kann.

Da möchten wir eine Änderung erreichen. Vor diesem Hintergrund - ich finde es

wichtig, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss und Europaausschuss noch einmal beraten, welche Möglichkeiten wir gemeinsam sehen - bin ich echt ein Stück entsetzt, dass jetzt - das ist mir gerade so gesagt worden – die Ausschussüberweisung der Anträge von FDP, CDU und PIRATEN hier abgelehnt werden und eine Resolution der Koalition verabschiedet werden soll, die an der aktuellen Situation überhaupt nichts ändert, sondern nur sagt: Wir warten ab, was zu uns kommt.

Deswegen mein Appell, das noch einmal zu überdenken. Es läuft ja nichts weg bis Januar, damit wir gemeinsam - unabhängig von bestimmten Differenzen - dort eine Resolution erarbeiten können, die dann auch praktische Auswirkungen für deutsche Verantwortung hat und nicht nur immer nach Dänemark schauen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

---

**Beschluss:**

Der Antrag wird gemeinsam mit den anderen Vorstößen von der Koalition und den Piraten sowie einem Änderungsantrag der CDU zunächst im Europaausschuss sowie im Innen- und Rechtsausschuss diskutiert.